

## I. Thema der Woche

### **Förderung der Gleichstellung: Best Practice aus Chemnitz im Europäischen Jahr der Chancengleichheit 2007**

Die Bürogemeinschaft der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen hat im Rahmen des Europäischen Jahres der Chancengleichheit am 18. April zusammen mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) zu einem Themenabend über das Chemnitzer Gleichstellungsmodell in Brüssel eingeladen.

Damit wagten die Bürogemeinschaft und der DStGB in bewährter Tradition gemeinsam den Blick „über den Tellerrand“ des Brüsseler Geschehens hinaus. Nach den Münchener Anpassungsstrategien an den demographischen Wandel (Juli 2005) und der entwicklungspolitischen Stuttgarter Initiative „Eine Welt“ (März 2006) präsentierte sich mit Chemnitz eine sächsische Stadt in einer Vorreiterrolle. Die mit rund 250.000 Einwohnern drittgrößte Stadt Sachsens wurde diesmal als regionales Best Practice Beispiel ausgewählt, da die für die Geschlechtergleichstellung nötigen politisch-administrativen Strukturen schon weit gediehen und tragfähig sind. Im September 2006 wählten die Chemnitzer Bürgerinnen und Bürger mit Barbara Ludwig eine Frau in das Amt der Oberbürgermeisterin der Stadt. Auch unter den vier Fachbürgermeistern befinden sich in Chemnitz zwei Frauen. Folgerichtig gewährte die Chemnitzer Gleichstellungsbeauftragte, Bettina Bezold, einen Einblick in die kommunale Praxis der Förderung der Gleichstellung. Im darauf folgenden Ko-Referat vermittelte Joachim Ott von der Generaldirektion Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit der EU-Kommission die europäische Perspektive der Thematik und berichtete über den aktuellen Verlauf bzw. die Initiativen des Europäischen Jahres 2007. Das einleitende Grußwort sprach **Annemarie Quick, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Grefrath (NRW)**.

**Frau Quick** stellte in ihren Eingangsworten heraus, dass die Realisierung der Chancengleichheit sowohl wesentlich zur Erreichung der Lissabon-Ziele (Wachstum und Beschäftigung für Europa) als auch zur Abmilderung der demographischen Entwicklung beitragen könne. Die bloße Verkündung von Chancengleichheit allein bringe die Betroffenen jedoch nicht weiter. Quick setzt sich daher z.B. selbst aktiv in ihrer Stadt Grefrath (ca. 16.000 Einwohner) im Rahmen eines Mentoring-Programms dafür ein, dass weibliche Migrantinnen nach dem Schulabschluss einen Ausbildungsplatz erhalten können und dass insbesondere Personen mit Mehrfachdiskriminierung, so z.B. allein erziehende Frauen mit Migrationshintergrund, aktiv unterstützt werden.

Wie die Gleichstellung in einer größeren Kommune verwirklicht wird und was die Stadtverwaltung dabei leistet, präsentierte **Bettina Bezold**, die seit Oktober 2006 die zuständige Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Chemnitz ist. Zwar wird in der Verwaltung der Stadt Chemnitz noch keine vollständige Gleichstellung „gelebt“. Aber mit einer Oberbürgermeisterin und zwei Bürgermeisterinnen bildet die Stadt durchaus eine vorbildliche Ausnahme. Die Tätigkeit der Gleichstellungsbeauftragten umfasst die ämterübergreifende Zusammenarbeit, die Durchsetzung geschlechterspezifischer Datenerfassung, die Zusammenarbeit mit Multiplikatoren (z.B. Nichtregierungsorganisationen und Verbänden) sowie die Sensibilisierung der Wirtschaft für das Thema.

Doch Potenzial zur Weiterentwicklung gibt es auch in Chemnitz: Unter den 54 Stadträten befinden sich lediglich 17 Frauen, und obwohl in der Verwaltung mehr als doppelt so viele Frauen wie Männer arbeiten (2833 Frauen, 1202 Männer), sind vor allem die höheren Positionen (z.B. Amts- und Abteilungsleitung) mehrheitlich mit Männern besetzt. Bezold betonte vor diesem Hintergrund, dass Chemnitz mit der Abwanderung junger Frauen kämpfen muss, obgleich es zu den wachstumsstärksten Städten Deutschlands gehört und neben einem breiten kulturellen Angebot auch z.B. ein gutes Angebot an Kinderbetreuung vorweisen kann. Um der Abwanderung entgegen zu wirken, versucht die Chemnitzer Gleichstellungsbeauftragte, durch Projekte und Fördermittel Perspektiven für junge Frauen zu schaffen. So verfolgt ein Projekt in diesem Jahr etwa das Ziel, eine Plattform für Unternehmerinnen aufzubauen. Regelmäßig wiederkehrende Initiativen gibt es auch, z.B. den „Frauentag“ als öffentlichwirksamen politischen Aktionstag, der durch den „Girls Day“, einem Aktionstag, um die Orientierung von Mädchen in technische Berufe zu unterstützen, ergänzt wird. Bezold hat auch bereits mehrere kommunalpolitische Seminare für Frauen durchgeführt. Mehr

über die Arbeit und Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten Bettina Bezold kann auf ihrer Homepage unter [www.chemnitz.de](http://www.chemnitz.de) nachgelesen werden.

**Joachim Ott** von der EU-Kommission machte in seinem Vortrag zunächst deutlich, dass der Antidiskriminierungsgrundsatz der Europäischen Union breit angelegt ist. So bezieht sich Artikel 13 EG-Vertrag auf die Herstellung von Chancengleichheit und die Bekämpfung der Diskriminierung aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung. Ott wies auf die Ergebnisse durch eine aktuelle Eurobarometerumfrage hin: So ergab die repräsentative Befragung der EU-Bevölkerung unter anderem, dass 51% der Europäer glauben, in ihrem Land werde für die Bekämpfung der Diskriminierung nicht genug getan. Sogar 64% der Befragten sind demnach der Ansicht, dass Diskriminierung weit verbreitet ist, und 77% würden es begrüßen, wenn mehr Frauen in Führungspositionen kämen.

Mit der Thematisierung der Chancengleichheit im Jahr 2007 möchte die Europäische Union eine breit angelegte Debatte über die Vielfalt für die europäische Gesellschaft anregen. In seiner Abteilung in der Generaldirektion Beschäftigung und Soziales habe man seit Beginn des Europäischen Jahres für Chancengleichheit erkannt, dass geeignete Projekte zur Umsetzung des Antidiskriminierungsziels vor allem unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft sowie kommunaler Behörden und lokaler Vereine Erfolg versprechend seien, so Ott. Das Budget für das Europäische Jahr beträgt insgesamt 15 Mio. €. Es werden sowohl Schlüsselveranstaltungen auf EU-Ebene als auch dezentrale Aktionen in allen Mitgliedstaaten durchgeführt. In Deutschland werden insgesamt 21 Projekte realisiert. Der überwiegende Teil der deutschen Vorhaben bezieht sich inhaltlich auf sämtliche oder zumindest mehrere Diskriminierungsgründe. Die vollständige deutsche Projektliste findet sich im Internet unter <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung4/Pdf-Anlagen/ejc-projektliste,property=pdf,bereich=,rwb=true.pdf>. Das Themenspektrum reicht vom „Lebenslangen Lernen“ bis hin zur Unterstützung von Wissenschaftlerinnen mit Migrationshintergrund. Die meisten der deutschen Projektträger seien öffentliche Stellen, führte Ott aus. Private Vereine könnten aufgrund der oft schwierig zu realisierenden Kofinanzierung nur in geringer Zahl für entsprechende Initiativen gewonnen werden.

Ausnahmen gibt es jedoch: So wird in Regensburg der Preis für Chancengleichheit in 2007 auch an privatwirtschaftliche Unternehmen vergeben. Die öffentliche Wahrnehmung, die mit der Verleihung verbunden ist, soll weiteren Unternehmen als Anreiz und Ideengeber dienen, in größerem Maße als bisher soziale Verantwortung im Unternehmen zu realisieren.

Am 14./15. Juni findet in Mannheim mit der Regionalkonferenz Süd eine der deutschen Schlüsselveranstaltungen des Europäischen Jahres der Chancengleichheit statt: Im Mittelpunkt der 1 1/2tägigen Konferenz steht der Austausch über konkrete und praxisbezogene Modelle zur Verwirklichung der Chancengleichheit mit allen ihren Aspekten. Zielgruppen sind Kommunen, ehrenamtlich tätige Multiplikatorinnen, Frauenbeauftragte, betriebliche Vertreter, öffentliche und nichtöffentliche Institutionen und die Politik. Die Veranstaltung soll die Möglichkeit bieten, merkmalsübergreifend in Expertenzirkeln Informationen auszutauschen und auf einem „Markt der Möglichkeiten“ Beispiele zu präsentieren. Die Konferenz wird federführend vom Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg veranstaltet. Weitere Informationen, den Flyer zur Veranstaltung sowie das Anmeldeformular können im Internet unter <http://www.wm.baden-wuerttemberg.de/sixcms/detail.php/167107> abgerufen werden.

Die anschaulichen Powerpointpräsentationen von Bettina Bezold und Joachim Ott stehen im Internet unter <http://www.ebbk.de/veranstaltungen> sowie unter <http://www.europabuero-bw.de/aktuelles.htm> zum Download bereit. (Pr/Ur)